

Erbprinz Alois: «Jenen Menschen helfen, die es wirklich brauchen»

Umdenken Im Interview mit dem «Volksblatt» plädiert Erbprinz Alois dafür, von pauschalen Staatsbeiträgen für Krankenkasse und AHV wegzukommen und stattdessen gezielt Bedürftige zu unterstützen. Damit könne der Staat gleichzeitig Geld sparen.

VON MARTIN HASLER

Vor allem Bedürftige müssten unterstützt werden, wenn man vom Modell der Staatsbeiträge Abschied nehme, über welches gegenwärtig alle Einwohner des Landes - egal ob arm oder reich - vom Staat unterstützt werden. «Man wird aber auch Teile des Mittelstands unterstützen müssen», so die Überzeugung des Erbprinzen: «Diese Unterstützungsleistungen sollten aber aus dem allgemeinen Steueraufkommen bedarfsgerecht direkt an die Unterstützungswürdigen fließen. Das ist einfach und überschaubar.» Bei einer zusätzlichen Umverteilung über die Sozialversicherungen - beispielsweise über einkommensabhängige Prämien - sieht er die Gefahr, «dass es zu einer Anhäufung von staatlich verordneten Transferleistungen bei jenen kommt, die das System am besten ausnutzen, während jene, die es am meisten benötigen, zu kurz kommen».

Hoffen auf konstruktive Opposition

Dass nach den Wahlen im Februar möglicherweise zum ersten Mal in der Geschichte des Landes vier Parteien im Landtag vertreten sein könnten, sieht das geschäftsführende Staatsoberhaupt gelassen. Natürlich seien die politischen Prozesse mit weniger Parteien grundsätzlich einfacher.

Aber die Erfahrung der vergangenen vier Jahre habe aus seiner Sicht gezeigt, «dass die politischen Prozesse innerhalb der Parteien auch sehr kompliziert sein können und die Zusammenarbeit zwischen Parteien manchmal sogar einfacher ist». Erb-

«Wenn man schnell Einkünfte für die Staatskasse generieren möchte, könnte man die Aktien der Landesbank verkaufen.»

ERBPRINZ ALOIS
GESCHÄFTSFÜHRENDES STAATSOBERHAUPT

prinz Alois geht davon aus, dass es nach den Wahlen wieder zu einer grossen Koalition kommt. Eine Vertretung der Opposition im Landtag sieht er vor diesem Hintergrund positiv - vorausgesetzt, sie übt durch «konstruktive Kritik eine gute Kontrolle über die Regierungsparteien aus und verfällt nicht einem verantwortungslosen Populismus».

Über die Regierungsarbeit des zu Ende gehenden Jahres zieht der Erbprinz eine grundsätzlich positive Bilanz - die Regierung habe die Zeit genutzt, um dringend notwendige Reformen zumindest anzugehen. In Sachen Konsolidierung des Staatshaushalts seien zwar wichtige Massnahmen er-

griffen worden, die jedoch angesichts der Aussichten auf die kommenden Jahre nicht ausreichen. Dieses Thema hat aus seiner Sicht auch in den kommenden Jahren oberste Priorität. Weitere Themen, die in der nächsten Legislaturperiode dringend angegangen werden müssten, seien die finanzielle Sicherung der Sozialsysteme sowie die Reform des Bildungssystems, «um in Zukunft im weltweiten Standortwettbewerb mithalten zu können».

Privatisierungen andenken

Den von der Regierung beschlossenen Verkauf der Telecom Liechtenstein an die Swisscom begrüsst Erbprinz Alois grundsätzlich. Der Staat solle sich auf Aufgaben konzentrieren, in denen er kompetenter sei als Private oder Gemeinden, so der Erbprinz: «Das gilt besonders für Kleinststaaten, die ohnehin mit knappen

Ressourcen eine Verwaltung und einen politischen Apparat stellen müssen.» Grundsätzlich sei ein Verkauf aller Staatsbetriebe in Erwägung zu ziehen - wie beispielsweise der Landesbank. «Dabei müsste man auch die Staatsgarantie infrage stellen, was vielleicht sowieso sinnvoll wäre, weil sie eine Gefahr für den Staatshaushalt darstellen kann.»

Zuwanderungsbedarf abklären

Was das Wahlkampfthema Zuwanderung angeht, plädiert Erbprinz Alois dafür, den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft in einem Dialog zwischen Verbänden und Behörden abzuklären. Die «EWR-rechtliche Ausnahmeregelung betreffend Aufenthaltsgenehmigungen» dürfe Liechtenstein gleichzeitig nicht gefährden; ausserdem müsse die Verkehrs- und Siedlungsplanung auf den Zustrom ausgerichtet werden.

Seiten 4 und 5



Erbprinz Alois erwartet nach den Landtagswahlen erneut die Bildung einer grossen Koalition. (Foto: Michael Zanghellini)